

GLOBAL



VIEW

Unabhängiges Magazin
der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen
und des Akademischen Forums für Außenpolitik

4 | 2007
3 EURO



The Future of Arms Control

Werden Sie Mitglied in der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen!

Die Österreichische Liga für die Vereinten Nationen wurde 1945 als überparteiliche Vereinigung gegründet, um das Interesse für die UNO und ihre Teilorganisationen zu wecken und zu fördern und über die Arbeit der Weltorganisation zu informieren.

Wir laden daher alle international Interessierte ein, Mitglieder der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen bzw. unserer Jugend- und Studierendenorganisation (bis 35 Jahre), dem Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA), zu werden und an unseren vielfältigen Aktivitäten teilzunehmen!

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage!

Österreichische Liga für die Vereinten Nationen
Johannessgasse 2/2/32; A-1010 WIEN
Tel.: +43/1/513 08 37; Fax: +43/1/513 08 37/15
E-Mail: una.austria@afa.at
Webpage: <http://afa.at/una.austria>

Akademisches Forum für Außenpolitik
Johannessgasse 2/2/32, A-1010 WIEN
Tel.: +43/664/233 32 72
E-Mail: austria@afa.at
Webpage: <http://afa.at>



Liebe Leserin! Lieber Leser!



Das GLOBAL VIEW berichtet diesmal über die Abrüstung von chemischen, biologischen und nuklearen Waffen. Nach dem Ende des Kalten Krieges schien das Thema Arms Control ebenfalls Geschichte geworden zu sein. Heute, mehr als 15 Jahre danach, ist das Thema auf der globalen Agenda so präsent wie nie. Von der Proliferation nuklearer Technologien zum möglichen Bau von Atomwaffen bis zum Aufbau eines Missile Defense System der USA in Europa. In einem Artikel wird dieses Thema von Univ.-Prof. Heinz Gärtner kompetent aufgegriffen und diskutiert.

Die Vereinten Nationen haben im September eine neue Initiative zur Rückführung von Geldern, die von korrupten Machthabern im Ausland deponiert wurden, ins Leben gerufen. Die in Wien ansässige UN Organisation UNODC ist eine der Partner dieser Stolten Assets Recovery Initiative.

Was viele Studierende in ihrem Studentenleben einmal absolviert haben, feiert heuer seinen 20. Geburtstag - das ERASMUS Program. Das Programm erinnert mit seinem Namen nicht nur an den berühmten holländischen Philosophen Erasmus von Rotterdam des 15. Jahrhunderts, sondern bedeutet

ausgeschriebenes European Region Action Scheme for the Mobility of University Students.

Ein beinahe Relikt aus dem Mittelalter stellt sich in unserem Europateil vor. Die Insel Sark, eine der kleinsten Inseln im Ärmelkanal, hat sich bis heute dem Feudalismus erhalten. Das Gebiet unterliegt direkt der britischen Krone und ist somit weder Teil der Europäischen Union noch des Vereinigten Königreichs. Jetzt soll das System abgeschafft werden und die Insel zu einer demokratischen Gesellschaft umgewandelt werden.

Der ereignisreiche Veranstaltungskalender des AFA findet einen krönenden Abschluss in einer Reise nach Polen. Nach Serbien/Bosnien und dem Iran ist es bereits die dritte in diesem Jahr. Dennoch, die Teilnehmer kamen ebenso fröhlich zurück wie sie hingefahren sind. Ein gutes Zeichen. Alles zu lesen im Reisebericht im AFA Teil der Zeitschrift.

Irene B. Stöckl, MA
Chefredakteurin

Impressum Herausgeber: Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Chefredakteurin:** Irene B. Stöckl, MA ■ **Mag. (FH) Klaudia Feurle; Josef C. Ladenhauf; Mag. Cäcilia S. Smekal** ■ **Illustration:** Josef C. Ladenhauf ■ **Layout:** Irene B. Stöckl, MA ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor; Titelbild: US Airforce; letzte Seite: Photo by Kojak ■ **Druck:** Friedrich VDV Linz

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz **Herausgeber:** Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717) / Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und des Akademischen Forums für Außenpolitik und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

Autoren



STEFANIE FELSBERGER ist derzeit Studentin an der Universität Wien und belegt die Fächer Politikwissenschaft, Arabistik und Hebräisch.



Mag. **MATTHIAS C. KETTEMANN** ist Forschungsassistent am Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Graz. Er ist Generalsekretär der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen - Landessektion Steiermark, Chefredakteur von law@graz und Mitherausgeber des *juridikum. zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft*.



Mag. (FH) **KLAUDIA FEURLE** studierte Internationale Wirtschaft und Management an der Fachhochschule Kufstein. Derzeit studiert sie Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie ist Mitglied des Redaktionsteams des GLOBAL VIEW.



JOSEF C. LADENHAUF hat Kommunikationswissenschaft studiert und schreibt an seiner Diplomarbeit. Als freier Journalist und Fotograf arbeitet er für das Südwind-Magazin und Die Zeit. Er ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.



a.o. Univ.-Prof. **HEINZ GÄRTNER** ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Wien und seit 1979 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim OIIP. Er hält regelmäßig Vorträge an den Universitäten von Harvard, Stanford, Princeton, Columbia, Oxford und vielen anderen Universitäten.



Mag. **ANDREA LEHNER** studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und an der Karlsuniversität Prag. Nach Abschluss ihres Diplomstudiums 2005 absolvierte sie das Gerichtsjahr und war in Folge ein Jahr lang als Rechtsanwältin in einer Wirtschaftskanzlei tätig. Im Oktober 2007 begann sie das Doktoratsstudium der Rechtswissenschaften.



PHILLIP HOEDL, in Deutschland und Graz aufgewachsen, studiert Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Über die nationale Schulpolitik kam er zum Interesse für gemeinsame Außenpolitik und internationale Beziehungen und daher zum AFA. Derzeit ist er in diesem Bereich u.a. für die Sustainable Future Campaign tätig.



JULIA PASS studiert Germanistik/Französisch und Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie ist von Literatur begeistert und schreibt selbst sehr gerne.



Mag. **HADMAR V. HÖLZL** studierte Politikwissenschaft und Publizistik an der Universität Wien. Seine Schwerpunkte sind die Europäische Union und die Südosteuropaforschung. Er ist seit 2006 aktives Mitglied des Akademischen Forums für Außenpolitik, und beruflich in der Kommunikationsbranche tätig.



Dr. **AXEL WÜSTENHAGEN** war von 1972 - 2003 in der Öffentlichkeitsarbeit der UNO. Er leitete die UNO Informationsdienste in Athen, Wien und Bonn und fungiert seit 1997 als Medienkoordinator der jährlichen Weltklimakonferenzen. Von 1967 - 1972 war er Generalsekretär der Österr. Liga für die Vereinten Nationen, deren Vorstand er seit 1962 angehört.

Inhalt



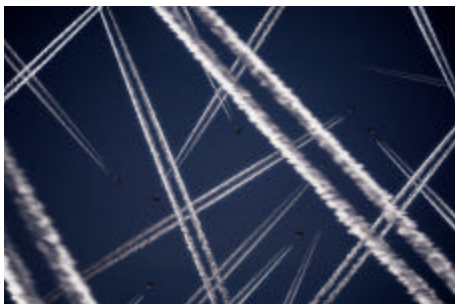
<http://www.army.mil>

Arms control is back but the various areas of arms control have to be linked since they are interdependent and overlap. Article p.08



<http://europa.eu>

Das ERASMUS Programm feiert heuer seinen 20. Geburtstag. In Österreich wird es seit 15 Jahren angeboten. Artikel p.20



<http://europa.eu>

In Wien wurde eine neue Unternehmensplattform für CSR und nachhaltige Entwicklung gegründet. Artikel S.24

06 UNO/International

06	Dr. Axel Wüstenhagen	UN Ticker
08	Prof. Dr. Heinz Gärtner	The Future of Arms Control
10	Mag. Andrea Lehner	Stolen Assets Recovery Initiative
12	Mag. (FH) Klaudia Feurle	OPEC
14	Mag. Matthias Kettemann	ASEAN
16	Julia Pass	Afrikas erfolgreiche Demokratien

18 Europa

18	Mag. Hadmar V. Hölzl	EU Battle Groups
20	Mag. Cäcilia S. Smekal	20 Jahre ERASMUS
22	Stefanie Felsberger	Sark: Relikt aus dem Mittelalter

24 Österreich

24	Respect	Gemeinsam bewirken wir mehr
25	Mag. Cäcilia S. Smekal	Kolumne

26 Kultur/Gesellschaft

26	Josef C. Ladenhauf	Rezension
----	--------------------	-----------

28 AFA

28	Irina J. Beikert	AFA Studienreise Polen
30	Phillip Hoedl	Beim algerischen Botschaftsempfang
31	Irene B. Stöckl, MA	People



UN TICKER

Oktober - Dezember 2007

von Dr. Axel Wüstenhagen



UNO

Friedenssicherung

Der Sicherheitsrat verlängerte am 15. Oktober den Einsatz der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) bis Mitte Oktober 2008. Gleichzeitig wurde die militärische Präsenz reduziert und die Zahl der Polizeikräfte aufgestockt. Am gleichen Tag verlängerte der Rat das Mandat der Beobachtermission in Georgien (UNOMIG) um weitere sechs Monate.

Am 31. Oktober wurde das Mandat der UNO-Mission im Sudan (UNMIS) um sechs Monate verlängert. Alle Parteien wurden zur vollen Umsetzung des umfassenden Friedensabkommens von 2005 aufgerufen, mit dem ein 21-jähriger Bürgerkrieg beendet wurde. Am gleichen Tag verlängerte der Rat den Einsatz der UNO-Mission in der Westlichen Sahara (MINURSO) bis kommenden April.

Am 18. Dezember billigte der Rat die Verlängerung des Einsatzes der unter amerikanischer Führung stehenden multinationalen Truppe im Irak (MNF) bis Ende 2008.

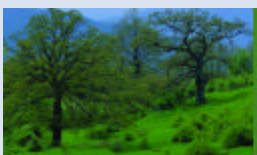
UNO Generalversammlung

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beendete am 3. Oktober ihre 10-tägige hochrangige Generaldebatte, an der rund 100 Staats- und Regierungschefs und rund 80 Außenminister teilnahmen. Im Mittelpunkt der Debatte standen Fragen des Klimawandels, die Zielsetzungen der globalen Armutsbekämpfung im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele, Fortschritte auf dem Gebiet der Entwicklungsfinanzierung, sowie die Arbeiten an einer umfassenden Konvention gegen den Terrorismus. Aber auch regionale Krisenherde, wie der Nahe Osten, Irak, Afghanistan, Darfur und Myanmar wurden angesprochen.

Am 4. Oktober fand in der Generalversammlung der erste hochrangige Dialog über interreligiöse und interkulturelle Verständigung statt, bei der nicht nur die in der UNO Charta und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegten Grundwerte bekräftigt, sondern auch Schritte erörtert wurden, um diese Grundwerte durch konkrete Maßnahmen in aller Welt zu fördern. An dem Dialog nahmen Vertreter von mehr als 80 Mitgliedstaaten, der Zivilgesellschaft, der nichtstaatlichen Organisationen und verschiedener Glaubensbekenntnisse teil.

Am 16. Oktober wählte die Generalversammlung Burkina Faso, Costa Rica, Kroatien, Libyen und Vietnam zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates für die Jahre 2008 und 2009. Sie lösen Ghana, Katar, Kongo, Peru und die Slowakei in dieser Funktion ab.

Um die Zukunft der Entwicklungsfinanzierung ging es auf einem hochrangigen Treffen der Generalversammlung vom 23. - 25. Oktober, an dem Minister, Nationalbankgouverneure, Delegierte der Mitgliedstaaten und Vertreter der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft teilnahmen, um die Fortschritte bei der Umsetzung der Beschlüsse von Monterrey 2002 zu bewerten und die nächste Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Doha 2008 vorzubereiten.



UMWELT

Klimawandel

Bei der Entgegennahme des diesjährigen Friedensnobelpreises riefen die Preisträger, der frühere amerikanische Vizepräsident Al Gore und der Leiter des Klimarates der Vereinten Nationen Rajendra K. Pachauri, zu entschlossenen und unverzüglichen Maßnahmen zur Eindämmung der globalen Erwärmung auf. Die menschliche Rasse stehe vor einem planetaren Notstand, bei dem das Überleben der Zivilisation auf dem Spiel steht, warnte Gore bei der Preisverleihung in Oslo. Die Menschheit könne diese Krise jedoch lösen und ihre schlimmsten Folgen abwenden, wenn wir "kühn, entschlossen und rasch" handeln. Pachauri verwies auf die Gefahren für den Frieden, die durch den Klimawandel drohten.

Die Welt rechne mit einem Durchbruch bei der Weltklimakonferenz, erklärte UNO Generalsekretär Ban Ki-moon am 12. Dezember vor dem hochrangigen Treffen in Bali. Der Kampf gegen die globale Erwärmung sei "eine moralische Herausforderung an unsere Generation". Der Generalsekretär kehrte nach seinem Besuch in Timor-Leste neuerlich nach Bali zurück, um in einem dramatisch Appell, gemeinsam mit dem indonesischen Staatspräsidenten, die Delegierten zu einer Kompromisslösung aufzurufen, um die Konferenz nicht scheitern zu lassen.



KONFLIKTE

Darfur

Der Sicherheitsrat hat am 2. Oktober den Anschlag auf Friedenssoldaten der Afrikanischen Union in Süddarfur verurteilt. Der Rat verlangte, dass die Täter ausgeforscht und vor Gericht gestellt werden. Am 31. Dezember übernahm eine gemeinsame Truppe der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union (UNAMID) die Aufgabe der Friedenssicherung in Darfur. Mit einer Stärke von 26.000 Mann ist UNAMID der größte Friedenssicherungseinsatz der Weltorganisation, mit dessen Hilfe die Gewalttaten im westlichen Sudan eingedämmt werden sollen. Mehr als 200.000 Menschen kamen bisher bei dem Konflikt ums Leben, weitere 2,2 Millionen wurden vertrieben und leben zum Teil als Flüchtlinge im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik.

Kongo

Der ehemalige Kommandant der Milizgruppe "Force de Résistance Patriotique en Ituri (FRPI)", Germain Katanga, wurde Mitte Oktober an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ausgeliefert, wo ihn gemeinsam mit seinem Landsmann Thomas Lubanga Dyilo ein Prozess wegen der Rekrutierung von Kindersoldaten gemacht wird. Angesichts der zunehmenden Unruhen in der Demokratischen Republik Kongo hat der Sicherheitsrat am 21. Dezember alle Rebellenruppen aufgefordert, die Waffen niederzulegen. In der Provinz Nordkivu sind Zehntausende auf der Flucht vor den schlimmsten Kämpfen seit der formellen Beendigung des Bürgerkriegs 2003.

Cote d'Ivoire

Angesichts der "gemischten Fortschritte", die bei der Umsetzung des Friedensabkommens in Cote d'Ivoire erzielt wurden, rief der Sicherheitsrat am 22. Oktober beide politischen Lager des Landes auf, allen Verpflichtung auf Grund des im vergangenen März in Ouagadougou vereinbarten Abkommens nachzukommen. Das gelte für die Registrierung der Wähler ebenso wie für die Entwaffnung der Milizen und die Wiederherstellung der staatlichen Autorität. Am 29. Oktober verlängerte der Rat das gegen Côte d'Ivoire verhängte Diamanten- und Waffenhandelsembargo.

Naher Osten

"Es sei an der Zeit, das stückweise Vorgehen zur Lösung des Nahostkonfliktes zu beenden und mit abschließenden Verhandlungen über alle Streitfragen zu beginnen", sagte Generalsekretär Ban Ki-moon am 27. November auf einem internationalen Nahosttreffen in Annapolis, USA. "Themen wie Jerusalem, die Flüchtlinge, die Grenzen, die Siedlungen im Westjordanland, Sicherheit und Wasser müssten jetzt mit allem Ernst angegangen werden. Die großen Umriss einer Lösung stünden fest, es gäbe daher keinen Grund dafür, warum diese Probleme 2008 nicht gelöst werden könnten. Die internationale Staatengemeinschaft müsse der Palästinensischen Behörde bei ihrem Wiederaufbau, ihrer Reform und ihrer Funktionsfähigkeit helfen", sagte der Generalsekretär. Am gleichen Tag begrüßte das diplomatische Nahostquartett (UNO, EU, Russland, USA) die Zusage Israels und der Palästinenser zur Aufnahme bilateraler Verhandlungen über die Schaffung eines palästinensischen Staates.

Libanon

Am 5. November bekräftigte der Sicherheitsrat die Notwendigkeit freier und fairer Präsidentschaftswahlen im Libanon, die im Einklang mit der Verfassung des Landes und ohne jegliche Einmischung von Außen stattfinden müsse. Gleichzeitig trat der Rat neuerlich für die territoriale Integrität, Souveränität, Einheit und politische Unabhängigkeit des Libanon ein.

Myanmar

Der Sicherheitsrat kritisierte am 11. Oktober den Einsatz von Gewalt gegen friedliche Protestkundgebungen in Myanmar und rief neuerlich zum Dialog zwischen der Regierung und der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und einem raschen nationalen Versöhnungsprozess auf.

Kosovo

Belgrad und Pristina konnten sich trotz 4-monatiger intensiver Verhandlungen neuerlich nicht auf den endgültige Status des Kosovo einigen, heißt es in einem Mitte Dezember dem Sicherheitsrat vorgelegten Bericht. Keine Seite sei bereit gewesen, in der grundlegenden Frage der Souveränität von ihrer Haltung abzurücken, betonte die aus der EU, Russland und den USA gebildete Troika, die die jüngsten Verhandlungen geführt hatte.

Irak

UNO Generalsekretär Ban Ki-moon sah in einem Mitte Oktober veröffentlichten Bericht über den Irak erste Chancen für Fortschritte und einen Abbau der Gewalt. Die Vereinten Nationen könnten dabei eine wichtige Rolle spielen. Die UNO Hilfsmission im Irak (UNAMI) dürfe diese Chance nicht verstreichen lassen. Jetzt gehe es darum, die militärischen Entwicklungen zur Grundlage für eine nationale Versöhnung zu machen.

The Future of Arms Control

Arms control is back but the various areas of arms control have to be linked since they are interdependent and they overlap.

Text Heinz Gärtner

After the end of the East-West Conflict it appeared that it also was the end of arms control. But the issue of arms control and disarmament is back on the political agenda. It is not only the danger of the proliferation of weapons of mass destruction (WMD) and that those could get in the hands of terrorists or might be used by certain "unfriendly" states. Also, the missile defense system that the U.S. is building up probably against these states in Poland and the Czech Republic provoked a new debate about existing arms control agreements. The Russian Federation (RF) feels threatened and said it would cancel important arms control treaties.

It announced to suspend the Treaty for Conventional Weapons in Europe (CFE) and said it would abandon the Treaty for Intermediate Nuclear Forces (INF) that prohibits the production and deployment of medium range missiles, as well. The RF gives the missiles in Europe as the reason to modernize its strategic nuclear forces (ICBMs), although it might have done so, anyway. This could be

the start of a new nuclear arms race. The START Treaty which limits the number of strategic nuclear warheads to 6.000 will expire in 2009. But also the U.S. is modernizing its nuclear forces to make them smaller, usable and more effective. Many observers argue that these modernization programs would violate the commitments to disarmament of the Nuclear Proliferation Treaty (NPT).

Non-Proliferation and Arms Control

The non-proliferation regime includes various institutions and agreements (NPT, IAEA, CTB, FMCT, NSG, NegSG et al). All the actors involved have different expectations in the regime and even contradictory demands. This often leads to inconsistency behaviour and rhetoric of the main actors. Some political scientists would call it "organized hypocrisy." The non-proliferation regime is riddled with inconsistencies, strains and contradictions. Of course, no regime is free of these inconsistencies, yet the maintenance of "organized hypocrisy" is to some extent

necessary for its survival and success. If the strains become too strong the regime might fall apart, however.

The non-proliferation regime consists of three pillars: non-proliferation and disarmament and the peaceful use of nuclear technology. Unless they are linked the inconsistencies and contradictions between them will make them ineffective. Non-proliferation commitments are enshrined in Art. I and II of the Non-Proliferation Treaty, disarmament in Art. VI. The latter would be reinforced by the Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT) which is not in force yet and a Nuclear Fissile Cut-off Treaty (NFCT) which has yet to be negotiated. The Strategic Arms Reduction Treaty (START) which limits the number of strategic nuclear warheads to around 6.000 of each side will expire in 2009. The Moscow (SORT) Treaty of 2002 which should reduce the number of the warheads to around 2.000 is more a declaration of intent without verification measures will expire 2012; it does not require the destruction of warheads and does not provide for verification. Even if the stockpiles of war heads would become smal-



A bulk container of mustard agent is loaded on a truck outside a storage igloo as it is prepared for transport to the disposal facility. While marked as "gas," chemical agents are actually liquid in storage. Detonation would render the liquid into gas.

ler their quality will become better. The Reliable Replacement Warhead Program of the U.S. and the Topol-M of strategic nuclear missile program in Russia run against disarmament commitments.

"Organized hypocrisy" is being reinforced by very different expectations of the actors involved in the non-proliferation regime. For the European Union (EU) it means non-proliferation and disarmament, the U.S. thinks of "rogue states," Asian and African states primarily want support for peaceful nuclear programs, scientific or medical programs.

Different policies of the main players towards individual states such as Iran, India, North Korea, Pakistan, Israel, Brazil, contribute to the weakening of the non-proliferation regime. The statute of the IAEA wanted to prevent this by stating that the Agency is based on the principle of the sovereign equality of all members." The Bush administration stretched the regime further. It not only reinforced the distinction between those that "have" and those that "have not" nuclear weapons but introduced the difference between "good" and "bad" guys.

Tyrants like those on the "axis of evil" are not reliable, friends of the U.S. are. If they happen to have an elected government, like India, it is all the more justified that they beco-

me a nuclear weapon state. According to the planned agreement with the U.S. India, which has not signed the NPT and is already a nuclear weapon state, would place only 14 of 22 power reactors under IAEA safeguards. It will be allowed to enrich uranium, build a heavy water reactor and reprocess plutonium, build a fast breeder and develop the whole nuclear fuel cycle. In addition India is building medium and long range missiles (Agni II and III). It also violates the UN Security Council Res. 1172 of 1998 that prohibits India (and Pakistan) to develop nuclear weapon programs and the development of ballistic missiles.

If the criteria of being acceptable as a nuclear weapon state are the relationship with the U.S. and regime type then others might qualify as well. Japan is on the verge of the production of nuclear weapons. Brazil will not want to stay behind! What about Germany or an European nuclear capacity? With these criteria the non-proliferation regime would be stretched out that it might break. The undermining reason paradoxically are not non-democratic states and tyrants but democracies that do not feel bound by the regime anymore.

Arms Export Control Initiatives

There are also arms export control and anti-proliferation initiatives. In the area of arms

export control international institutions and regimes and various governments are involved. Most of the proposal started as unilateral initiatives of the United States but later became part of a multilateral process in a variety of arms control institutions and regimes. In the case of non-proliferation and export control initiatives, such as the Proliferation Security Initiative (PSI) and Resolution 1540 of the UN Security Council, the United States was the initiator and sponsor. Both of these initiatives started as American actions, but subsequently became multilateral insofar as other states, institutions and regimes supported the continuance and spread of the procedures and processes involved. UN Resolution 1540 proposes cooperative action to prevent non-state actors from acquiring any type of WMD. Although the resolution is mainly concerned with the strengthening of non-proliferation, it also is significant because it stresses the state to non-state problems rather than state-to-state issues.

Arms races and destabilizing accumulations of weapons are not separated any more. Arms control has to cope with these connected challenges. The different forums and negotiations have to be linked as well. This study does not only list the various areas of arms control but shows their independences and how they overlap. <<

The various areas of arms control are interdependent and overlap.



Kampf um gestohlene Gelder

Die Vereinten Nationen haben im September 2007 eine neue Initiative - die Stolen Assets Recovery Initiative (StAR) - ins Leben gerufen. Die Initiative wird Entwicklungsländer bei der Rückführung von Geldern unterstützen, die von korrupten Regierungsmitgliedern ins Ausland geschafft wurden. **Text** Andrea Lehner

Am 17. September 2007 verkündete UNO Generalsekretär Ban Ki-moon in New York den Start der StAR Initiative, die unter der Schirmherrschaft der Weltbankgruppe (WBG) und des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) steht. Die Initiative basiert auf dem Dokument "Stolen Assets Recovery Initiative: Challenges, Opportunities, and Action Plan" und wurde erstmals im April 2007 bei der Frühjahrstagung der WBG und des Internationalen Währungsfonds vorgestellt. Sie soll Entwicklungsländern dabei helfen, von korrupten Regierungsmitgliedern gestohlene oder veruntreute und ins Ausland geschaffte Gelder ins Herkunftsland rückzuführen. "The Stolen Assets Recovery Initiative can foster greater cooperation between developed and developing countries - and between the public and private sectors - to ensure that looted assets are returned to their rightful owners," sagte Ban Ki-moon bei der Lancierung der Initiative in New York.

Rechtlicher Rahmen dieser Initiative ist die UNO Konvention gegen Korruption, welche im Dezember 2005 in Kraft trat und die bis dato 104 Staaten ratifiziert haben. Des Weiteren ist die Initiative ein Teil der Strategie der WBG im Bereich der guten Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung.

Kontext

Regierungschefs und hohe Beamte, die sich

an ihrem Staat - beispielsweise durch Bestechung oder sonstige kriminelle Handlungen - unrechtmäßig bereichern, entziehen diesem Kapital und behindern so die Entwicklung ihres Landes. Diese gestohlenen Gelder werden in weiterer Folge häufig außer Landes geschafft, auf internationalen Finanzplätzen angelegt und so versucht rein zu waschen.

Schätzungen der UNO und von Transparency International (eine Anti-Korruption Organisation) zufolge, würden in den Entwicklungsländern jedes Jahr 20 bis 40 Milliarden USD von Regierungsvertretern mittels Bestechung außer Landes geschafft. Diese Summe sei 20 bis 40% dessen, was die Länder pro Jahr an Entwicklungshilfe erhielten. Den afrikanischen Ländern beispielsweise kostete die Korruption jedes Jahr zirka 25% ihres Bruttoinlandsprodukts. Dazu kommt, dass die wahren Kosten der Korruption den Wert, der von Regierungsvertretern gestohlenen Gelder, noch übersteigen. Dies geschieht zum Beispiel durch die Degradierung öffentlicher Institutionen und die Schwächung oder gar Zerstörung des Klimas für private Investoren in den Entwicklungsländern.

Bemühungen der Schweiz

Bereits in der Vergangenheit - vor Lancierung der StAR Initiative - gab es erste positive Erfahrungen in Zusammenhang mit der Rückführung gestohlener Vermögen. An dieser Stelle sind insbesondere die Bemühungen

der Schweiz im Kampf gegen Korruption hervorzuheben. Beobachtern zufolge war die Schweiz ja bis dato bekannt für ihre "geheimen Banken" und liberale Haltung gegenüber illegalen Geldern. Nach eigenen Angaben jedoch befasst sich die Schweiz als einziges Land bereits seit 20 Jahren mit der Rückerstattung von illegalen und gesperrten Geldern an die Herkunftsländer. "If you look at the last James Bond movie, or Dan Brown's Da Vinci Code, there's always the mean Swiss bankers who hide all this money. So we are fighting against a cliché but I think, really, we are fighting it successfully," sagte Paul Seger, Leiter der Direktion für Völkerrecht im schweizer Außenministerium.

Im Jahr 2001 startete die Schweiz den so genannten "Lausanne-Prozess" und erstattete im Zuge dessen insgesamt 1,6 Milliarden USD an Entwicklungsländer zurück. Die betroffenen Gelder waren von ehemaligen Diktatoren wie Vladimiro Montesinos aus Peru, Ferdinand Marcos von den Philippinen und Sani Abacha aus Nigeria entwendet und in die Schweiz gebracht worden. Die Schweiz begrüßt nun die StAR Initiative der WBG und der UNODC, an deren Ausarbeitung sie im Rahmen eines Expertenbeirates auch beteiligt war.

Ziel und Inhalt der StAR Initiative

Trotz dieser anfänglichen Erfolge für unter anderem Peru, die Philippinen und Nigeria ist



Millionen an Geldern sind durch Korruption in dunklen Kanälen verschwunden. StAR hilft, diese wieder zu beschaffen.

zu bedenken, dass die Rückführungsprozesse sehr zeitintensiv und kostspielig waren. Im Falle der Philippinen dauerte es 18 Jahre bis sie das durch Marcos gestohlene Vermögen zurückbekamen.

Die StAR Initiative versucht diesem und weiteren Problemen bei der Rückführung der Gelder nun entgegenzukommen und fordert zunächst alle UNO Mitgliedstaaten dazu auf, als ersten Schritt die UNO Konvention gegen Korruption zu unterschreiben und zu ratifizieren. Die Hälfte der G-8 Staaten sowie die Hälfte der OECD Staaten haben dies noch nicht getan.

Vorrangiges Ziel der Initiative sei es, zu verhindern, dass Gelder aus Korruption stammend das Ursprungsland verlassen, auf internationalen Finanzmärkten angelegt und so versteckt werden. Daneben sollen aber auch gestohlene Gelder im Ausland aufgespürt und in das jeweilige Land zurückgeführt werden.

Wesentliche Bestandteile für das Erreichen dieser Ziele sind laut Aktionsplan folgende: politischer Wille, gesetzliche Reformen und eine Steigerung der Ermittlungskapazitäten der Behörden und zwar sowohl in den Entwicklungs- als auch Industrieländern. Dabei spielt das Zeitelement eine wesentliche Rolle. Für die meisten Entwicklungsländer würde eine zu lange Dauer der Rückführungsprozesse einen Verlust ihrer Glaubwürdigkeit

bedeuten. Eine schnelle Reaktion der Industrieländer auf die sich hier stellende Gefahr ist somit von Nöten. Weiters soll eine weltweite Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländer geformt werden, um sicherzustellen, dass Entwicklungsländer die nötige rechtliche Unterstützung erhalten und keine neuen internationalen Finanzoasen, die bereits existierenden ersetzen. Ferner sollen die Medien und auch die Bevölkerung in den Prozess der Verwendung und nachfolgenden Überwachung der Gelder miteinbezogen werden.

Wichtig bei der Rückgabe der Vermögenswerte ist, dass sie in einem nachvollziehbaren Rahmen erfolgt, damit die Gelder nicht wieder in kriminelle Kanäle gelangen. Nach Rückführung sollen die Gelder in weiterer Folge verschiedenen Entwicklungsprojekten zugute kommen. Denn die gestohlenen Vermögen können die Entwicklungsländer selbst gut gebrauchen: Pro 100 Millionen USD könnten beispielsweise die Behandlung von 600.000 an HIV/AIDS erkrankten Menschen, die Impfung von vier Millionen Kindern, die Trinkwasserzufuhr für 250.000 Haushalte oder den Ausbau von 240 Kilometer gepflasterter Straße sicherstellen.

Neuste Entwicklungen

Nächstes Projekt der WBG in Zusammenarbeit mit der Schweiz, den USA und Kasachstan ist die Rückführung gestohlener und

zunehmend in der Schweiz blockierter Gelder nach Kasachstan. Diese Gelder stammen aus einer Bestechungsaffäre in Zusammenhang mit der Vergabe von Ölförderlizenzen in Kasachstan. Darin verwickelt ist auch ein amerikanischer Geschäftsmann. Gegen ihn läuft gegenwärtig ein Strafverfahren. Auf Grund eines Rechtshilfebegehrens der USA wurden zirka 84 Millionen USD in der Schweiz blockiert. Diese Gelder sollen nun für ein Schulprogramm, welches kasachischen Kindern zugute kommt, verwendet werden.

<<

Öl & die Macht der OPEC

Die OPEC ist noch immer das größte Rohstoffkartell der Welt, aber hat sie in ihrer fast 50-jährigen Geschichte an Einfluss verloren? **Text** Klaudia Feurle

Ein Barrel Rohöl kostet momentan über 90 Dollar, so viel wie nie zuvor. Das tut weh! Und zwar nicht nur den Autofahrern, die bei Preiserhöhungen meistens zuerst aufschreien. Erdöl, ein fossiler Energieträger ist schon seit längerer Zeit der wichtigste Rohstoff der modernen Industriegesellschaften.

Seit 1973 gibt es in Österreich Semesterferien, auch "Energieferien" genannt. Die zusätzliche Winter-Ferienwoche war Resultat der Ölkrise, die 1973 eingeführt wurde um Energie zu sparen. Damals drosselte die OPEC (Organisation der Erdöl exportierenden Länder), die Fördermengen um etwa 5%, um den Erdölpreis zu erhöhen. Dahinter steckte politisches Kalkül und Druckmittel der OPEC

Staaten, denn während des Yom-Kippur-Krieges unterstützten viele erdölimportierende Staaten das isolierte Israel, was der arabischen Welt und vielen OPEC Staaten nicht unbedingt gefiel.

Der über 70%-ige Preisanstieg des Erdöls beeinflusste die Weltwirtschaft maßgeblich. Das bis dahin andauernde Wirtschaftswunder der westlichen Industriestaaten erlitt durch das "Ölembargo" einen scharfen Einbruch. Arbeitslosigkeit, steigende Sozialausgaben, verstärkte Inflation bzw. Stagflation, ansteigende Staatsverschuldung, Streiks, Unternehmenspleiten und Rationalisierungen waren die Folge. Unmittelbare Energiesparmaßnahmen wie etwa die Energieferien oder ein autofreier Tag pro Woche wurden in

Österreich beschlossen, um den ärgsten Schocks zu entgehen. Was genau ist nun aber die OPEC? Und wie viel Macht hat sie wirklich?

Mission der OPEC

Etwa 40% der weltweiten Erdölproduktion werden durch die OPEC Mitgliedstaaten gefördert. Insgesamt verfügen diese Staaten aber über drei Viertel der weltweiten Erdölreserven.

Primäres Ziel der OPEC ist es, sich gegen einen Preisverfall von Öl abzusichern, weshalb sie eine gemeinsame Ölpolitik verfolgen. De facto heißt das, dass für die einzelnen OPEC Mitglieder Förderquoten festgelegt werden, welche die Erdölproduktion regeln und durch künstliche Verknappung oder auch Steigerung der Ölförderung den Preis für Erdöl anheben, drücken oder auch stabilisieren können. Weiters soll das Förderkartell ein Gegengewicht zu den großen Ölkonzernen darstellen sowie die Weltmarktpreise stabilisieren und auch "faire Erträge" für die Investoren in der Erdölindustrie fördern.

Die Welt hat Hunger

Der Bedarf und Verbrauch an Öl ist heute groß. Weltweit werden täglich etwa 84 Millionen Barrel (1 Barrel entspricht knapp 159 Liter) verbraucht, wovon alleine 20 Millionen Barrel die USA, und 6 Millionen Barrel China konsumiert. Der Weltverbrauch steigt allerdings derzeit noch um über 2% pro Jahr an. In Anbetracht an zu Ende gehende Ölvorräte stellt uns dies vor ein relativ großes Dilemma. Öl, die schwarze, zähe Flüssigkeit, beeinflusst nicht nur alle Arten von Transport sondern stellt auch ein Input bei vielen ande-

Die Welt ist abhängig vom Rohstoff Öl. Die OPEC kann Einfluss auf dessen Preis nehmen.



ren Wirtschaftsgütern und Waren dar. Fast in jedem dritten Produkt, etwa auch in Pullover aus Acryl-Microfaser, in Körperpflegeprodukten oder auch in Plastikprodukten steckt irgendeine Art von Öl.

Als zentraler Rohstoff ist Erdöl auch Gegenstand der Spekulation. Öl wird selbst in Warentermingeschäften, sprich Ölkontrakten gehandelt. Da in vielen Branchen eine Abhängigkeit vom Ölpreis besteht oder gesehen wird, beeinflusst der Preis des wertvollen Rohstoffs auch die allgemeinen Börsenkurse.

Wie kommt das Öl zu seinem Preis

Der Hurrikan-Kathrina in den USA, der Kurdenkonflikt im Irak, ein möglicher Angriff auf den Iran, Börsenspekulationen, eine OPEC Kürzung der Fördermengen, die stark steigende Ölnachfrage von China, oder erhöhter Ölverbrauch der Industriestaaten in einem kalten Winter - dies alles sind mögliche beeinflussende Faktoren, die bei der Preisbildung zusammenspielen.

Trotz dieser Vielzahl an möglichen Faktoren, scheint es, dass sich die internationalen Ölmärkte schon länger nicht mehr mit normalen Maßstäben messen lassen. Viel Psychologie scheint im Spiel zu sein, wenn die Ölpreise stark steigen obwohl die Nachfrage weniger zunimmt als vorhergesagt wurde und das Angebot gleichzeitig mehr steigt als erwartet. Dies deutet unter anderem auf Spekulationen an den Börsen. Und diese sind nicht gerade immer rational zu erklären. Prognosen zur Ölpreisentwicklung werden so auf jeden Fall fast unmöglich gemacht.

Insofern hat die OPEC schon lange nicht mehr die alleinige Macht über den Ölpreis. Aber die Entscheidungen des Kartells werden auf jeden Fall den Preis des wichtigsten Schmiermittels der Welt bis zum Ende des Ölzeitalters zumindest mitbestimmen, denn nur die Golfstaaten mit ihren riesigen Reserven können die Lücke, die sich zwischen Angebot und Nachfrage aufgetan hat, wieder schließen.

Problematisch ist, dass heute weltweit viele Raffinerien schon an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten. Das heißt, mehr Erdöl könnte nur

gefördert werden, wenn neue, zusätzliche Raffinerien gebaut würden. Dies würde allerdings riesige Investitionsgelder voraussetzen, die im Moment fast niemand bereit ist zu investieren. Auch die OPEC nicht, solange sie keine Garantien für den Ölverkauf bekommt.

Wie kommen wir von der "Öldroge" los?

Öl wird knapper, die Nachfrage steigt trotzdem an, und voraussichtlich wird der Ölpreis auch weiter steigen, und dann? Endet die Situation in einer Weltwirtschaftskrise? Werden wir Zeugen einer Energierevolution? Entdecken wir neue Ölfelder oder bessere Fördermethoden und Spartechnologien oder kommt es kurzfristig doch eher zu einer dritten Ölkrise falls die USA den Iran angreift?

Wie auch immer, die Ära des billigen Öls ist wahrscheinlich zu Ende, denn wie geschmiert läuft es im Ölgeschäft schon länger nicht mehr.

Laut der Internationalen Energieagentur besteht eine reelle Gefahr für Ölknappheit ab 2010. Die Abwendung einer Ölkrise sei noch möglich, aber nicht mehr wahrscheinlich.

Ein positives Szenario wäre in diesem Fall ein Paradigmenwechsel in der bisherigen, auf Öl basierenden Weltwirtschaft. Dies würde allerdings auch das Ende der OPEC bedeuten.

Vom Umweltstandpunkt aus gesehen hätte ein merklicher Anstieg des Ölpreises eine positive Wirkung, da sicher Fortschritte in Be-

In Brief

Die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) wurde 1960 in Bagdad gegründet und hat seit 1965 ihren Sitz im "neutralen" Wien. Mitglieder der Organisation sind heute der Iran, Irak, Kuwait, Saudi Arabien, Venezuela, Katar, Indonesien, Libyen, die Vereinigten Arabischen Emirate, Algerien, Nigeria und seit 2007 auch Angola.

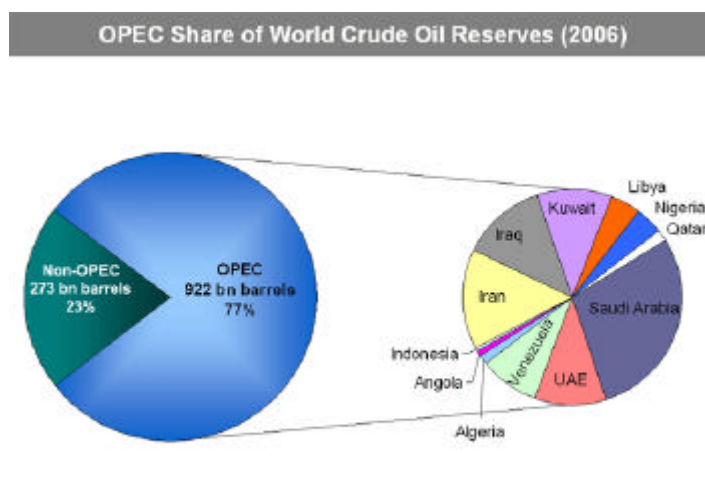
Die OPEC engagiert sich auch mit ihrem "OPEC Fund for International Development" im Bereich Entwicklungshilfe. Jährlich gehen über 500 Millionen USD an freiwilligen Beiträgen der OPEC Mitgliedstaaten an Entwicklungsländer.

zug auf umweltfreundlichere Produkte, Transportmittel und sonstige Maßnahmen folgen würden, womit die Erdatmosphäre mit weniger Kohlendioxid, das stark zur globalen Erwärmung beiträgt, belastet würde.

Wie die Zukunft bezüglich Öl und OPEC wirklich aussieht ist noch ungewiss. Ein saudisches Sprichwort lautet: "Mein Vater ist auf einem Kamel geritten. Ich fahre ein Auto, mein Sohn fliegt mit dem Flugzeug, sein Sohn wird auf einem Kamel reiten".

Dies ist vielleicht eine sehr überzeichnete Sicht der Dinge, aber ein Körnchen Wahrheit steckt dahinter und deutet vor allem auf die notwendige Veränderung bezüglich unserer Energieressourcen hin, die wahrscheinlich für einige nicht ganz schmerzlos sein wird.

<<



ASEAN und die Menschenrechte

Mit der ASEAN Charter hat sich die wichtigste regionale Organisation Asiens rechtlich verfestigt. Doch bei der wirtschaftliche Einigung dürfen die Menschenrechte nicht außer Acht gelassen werden.

Während an der Entwicklung der EU die Mühen einer zunehmenden Integration sichtbar werden - die Debatte um Verfassungs- und Reformvertrag bietet ein Beispiel von fast trauriger Eindringlichkeit - übt sie, ungeachtet ihrer inneren Spannungen, eine starke Modellwirkung auf andere Staatenszusammenschlüsse aus. Jüngst tat etwa ASEAN, die Vereinigung südostasiatischer Staaten, mit Blick auf die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der EU einen organisatorischen Schritt vorwärts. Am 20.11.2007 unterschrieben die Repräsentanten von zehn südostasiatischen Staaten anlässlich ihres 40-jährigen Bestehens die Charter of the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN Charter).

Die Charter ebnet nicht nur die Grundlage für eine an die EWG orientierte Wirtschaftsgemeinschaft durch Abbau der Hindernisse für den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr bis 2015. Sie schreibt auch die Rechtspersönlichkeit der ASEAN nieder, legt zweimal jährlich stattfindende ASEAN Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs fest und richtet ständige Vertreter im Botschafterrang beim Sekretariat in Jakarta ein, das von einem auf fünf Jahre gewählten Generalsekretär geleitet wird.

Innovation oder Bestandsaufnahme?

Während Mari Pangestu, der indonesische Handelsminister, den Vertrag aufgrund seiner Perspektiven der engeren Zusammenarbeit als Meilenstein für die weitere Entwicklung sah, sprach Thitinan Pongsudhirak, Direktor des Institute of Security and International Studies in Bangkok, dem Vertrag jeglichen Innovationscharakter ab. Dieser stelle lediglich die "Kodifikation existierender Nor-

men" dar. Zumindest in einer Hinsicht stimmt das nicht: Die Charter sieht in ihrem Artikel 14 die Gründung einer regionalen Menschenrechtsinstitution vor, die bisher in Asien gefehlt hatte: den "ASEAN Human Rights Body".

Wie auch vor der Unterzeichnung der ASEAN Charter offensichtlich wurde, ist das Verhältnis der ASEAN zu Menschenrechten und Demokratie nicht spannungsfrei. Myanmar, in dem erst kürzlich eine von Mönchen geführte Reformbewegung gewaltsam beendet wurde, ist ein vollwertiges Mitglied. Während sich die Organisation in der Präambel und den Zielen zu Demokratie, Good Governance und Menschenrechten bekennt (Artikel 1 Absatz 7), verweisen die Prinzipien gleich in ihrem ersten Buchstaben auf den Respekt vor der Souveränität der Mitgliedstaaten (Artikel 2 Absatz 2 lit. a) und das Prinzip der Nichteinmischung in innere An-

gelegenheiten der Mitgliedstaaten. Erst danach werden Rule of Law, Good Governance, Demokratie und Menschenrechte als Prinzipien der Organisation genannt (lit. h und i). Auf die Nichteinmischung verwiesen auch Kambodscha, Laos und Viet Nam, als sie den Versuch Singapurs unterbanden, den Myanmar Sondergesandten der UNO, Ibrahim Gambari, zu einem Länderbericht einzuladen. In einer Analyse der International Herald Tribune wird Myanmar als "Peinlichkeit" für die ASEAN, besonders für die demokratischen Mitglieder wie Singapur, Malaysia, Indonesien und die Philippinen, bezeichnet.

Die philippinische Präsidentin Arroyo warnte sogar, dass die mangelnde Demokratisierung Myanmar zu einer Weigerung des Parlamentes der Philippinen führen könnte, den Vertrag zu ratifizieren. Welche Perspektiven öffnen sich dem ASEAN Human Rights Body vor diesem Hintergrund?

Der 12. ASEAN Summit fand auf den Philippinen statt.



Menschenrechte im Mittelpunkt

Bereits seine Einrichtung ist bemerkenswert. Während in allen anderen Kontinenten regionale Menschenrechtsschutzinstanzen über die Einhaltung der staatlichen Verpflichtung zu Achtung, Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte wachen - der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der Inter-Amerikanische und der Afrikanische Menschenrechtsgerichtshof - fehlte eine derartige Institution bislang in Asien. Die Charter legt fest, dass das Menschenrechtskomitee in Übereinstimmung mit der Verfahrensordnung arbeiten soll, die von den Außenministern der ASEAN noch festgelegt wird.

Diese vage Bestimmung ist angesichts der konsensualen Beschlussfassungsmechanismen und der traditionell zentralen Stellung des Prinzips der Nichteinmischung als pro-

blematisch zu bewerten.

Um zu garantieren, dass die Menschenrechtsinstitution der ASEAN die Menschenrechte effektiv wahren kann, müssen die von den Außenministern möglichst zeitnah zu beschließenden Verfahrensregeln in einer offenen, transparenten Debatte mit der Zivilgesellschaft entstehen. Auch inhaltlich müssen hohe Anforderungen an die Menschenrechtsinstitution unter der ASEAN Charter gestellt werden. Nahziel muss die Einrichtung einer asiatischen Menschenrechtskommission sein, der dann ein asiatischer Menschenrechtsgerichtshof folgen sollte. Der ASEAN Human Rights Body muss den höchsten anerkannten Standards genügen, ein klar umrissenes Mandat haben und dieses auch durchsetzen können.

Die Sicherstellung der effektiven Überwachung der Menschenrechtspraxis in den Mit-

gliedstaaten ist die zentrale Rolle des Gremiums. Neben einer denkbaren regelmäßigen Berichtspflicht der Staaten ist jedenfalls die Kompetenz zur Behandlung von Individual- und Kollektivbeschwerden nach Erschöpfung des innerstaatlichen Instanzenweges wünschenswert. Auch selbstständige Untersuchungen von menschenrechtlichen Missständen sollten möglich sein. Ihre Entscheidungen müssen für die Mitgliedstaaten rechtsverbindlich und in ihnen gerichtlich durchsetzbar sein. Entscheiden müssen unabhängige Richter, nicht ein politisch besetztes Gremium oder Staatenvertreter.

Freilich: Wie der Streit um die EU-Menschenrechtsagentur erhellte, fällt es auch homogeneren regionalen Organisationen schwer, sich auf die Details menschenrechtlicher Überwachungsorgane zu einigen. Dennoch darf diese Chance, eine Lücke im System des internationalen Menschenrechtsschutzes zu schließen, nicht verpasst werden.

Eine Wirtschaftsgemeinschaft im Stile der EU mag die von ASEAN angestrebte Entwicklungsstufe sein. In einem ersten Schritt ist es indes wichtiger, dass sich ASEAN zu einer Wertegemeinschaft entwickelt: Ein klares Bekenntnis für Menschenrechte und gegen undemokratische Regimes ist dafür Voraussetzung. Die sofortige Aufnahme der Arbeit an einer menschenrechtsfördernden Ausgestaltung der Verfahrensregeln des ASEAN Human Rights Body wäre ein Weg dazu. Solange aber keine klare Verurteilung von andauernden Menschenrechtsverletzungen in Mitgliedstaaten der ASEAN erfolgt, wirken diese Versuche schal. <<



Afrikas erfolgreiche Demokratien

Der Senegal und Botswana sind zwei davon. Aber es gibt noch andere: Afrikanische Staaten mit funktionierenden Demokratien?

Text Julia Pass

Afrika ist ein Entwicklungskontinent. Diese stereotype Vorstellung herrscht in der westlichen Gesellschaft vor. In den Medien ist Afrika oftmals abwesend, oder wird uns durch Negativberichterstattung näher gebracht: HIV, hungernde Kinder, Bürgerkriege. Der Tatsache, dass der schwarze Kontinent anderes zu bieten hat als Leid, wird kaum Beachtung geschenkt. Dabei gibt es - man höre und staune - nicht nur Katastrophen in Afrika. So zum Beispiel auch funktionierende Demokratien.

Demokratie in Afrika

Demokratiefähigkeit wird afrikanischen Staaten oftmals abgesprochen. Afrika könne auf keine demokratischen Traditionen zurückblicken und Demokratiekonzepte können somit nicht greifen. Gegen diese These kann so gleich mit afrikanischen Staaten, wie Botswana, oder dem Senegal, argumentiert werden. Letzterer stellt eine westafrikanische Vorzeigedemokratie dar. Seit 1981 gibt es dort das Mehrparteiensystem und demokratische Wahlen. 2000 hat das senegalesische Volk einen neuen Präsidenten gewählt. Der sozialistische Abdou Diouf übergab nach beinahe 20 Jahren als Präsident sein Amt an Abdoulaye Wade. Die Machtübergabe verlief

ohne Komplikationen. Ein wesentlicher Indikator einer funktionierenden Demokratie.

Demokratie und afrikanische Tradition

Demokratie ist kein homogenes Gebilde. Auch innerhalb Europas nicht. Ohne die wesentlichen Elemente der Demokratie außer Acht zu lassen, ist sie auch in Afrika unterschiedlich aufbereitet. Im Senegal ist eine Präsidentschaft vorzufinden. Andere Staaten haben die Staatsform einer parlamentarischen Republik. So zum Beispiel Botswana. Botswana hat sich außerdem Elemente aus dem gesellschaftspolitischen Aufbau der vorkolonialen tswana-Bevölkerung beibehalten. Da das Land relativ dünn besiedelt ist und war, war es in kleine politische Einheiten unterteilt: mehrere zusammengesetzte Familiengruppen bildeten solch eine politische Einheit. Innerhalb dieser gab es einen Chief, der richterliche und organisatorische Aufgaben übernahm. Weiters berief er Gemeindeversammlungen ein, da die aktive Partizipation der Mitglieder ein wesentlicher Bestandteil des Systems war. Heute fungieren die Chiefs als Berater der Regierung im House of Chiefs. Sie sind das Bindeglied zwischen eben dieser und dem Volk. Nach wie vor treffen Mitglieder lokaler

Gemeinden zusammen und werden vom Chief über Neuigkeiten informiert.

Demokratie und erfolgreiche Wirtschaft

Während sowohl der Senegal, als auch Botswana Vorzeigedemokratien darstellen, unterscheidet die beiden eine wesentliche Tatsache. Der Senegal ist im Human Development Index nach wie vor als Least Developed Country (LDC) erfasst. Botswana hingegen ist ein Land von mittlerem Entwicklungsstand. Demokratie ist demzufolge keine Garantie für die Verminderung der Armut. Botswana hat im Gegensatz zum Senegal das Glück, dass man in den 70-er Jahren des 20. Jahrhunderts auf Diamantenminen stieß. Diese trugen dazu bei, dass Botswana sich zu einer lebensfähigen Ökonomie transformierte. Eine funktionierende Wirtschaft ist für eine funktionierende Demokratie gewiss förderlich. Die Menschen haben dann nicht das Gefühl, dass unter der Demokratie "eh alles viel schlechter ist". Eine Ablehnung der Demokratie scheint jedoch ohnehin noch nicht laut geworden zu sein. Umfragen haben ergeben, dass trotz wirtschaftlicher Krisen zahlreicher afrikanischer Staaten, in der Bevölkerung keine Sehnsucht nach einem totalitären Regime vorhanden ist. Und sollte es



In Afrika gibt es viele Beispiele für funktionierende Demokratien. Auch Senegal und Botswana gehören dazu.

doch dazu kommen, ist so etwas wie die Beibehaltung der Chiefs natürlich etwas Nützliches. Die können vermitteln, informieren, beruhigen. Trotzdem müssen natürlich Bedenken der Bevölkerung ernst genommen werden.

Demokratie und Wohlstand

Wie bekannt, reichen Demokratie und eine funktionierende Ökonomie alleine für die Stabilität eines Staates nicht aus, denn jede Bevölkerung strebt nach Wohlstand. So stellt die allzu liberale Ausprägung des "Kapitalismus" für große Teile der Bevölkerung demokratisch-afrikanischer Staaten, eine Belastung dar. Interessant ist nämlich, dass in vielen Demokratien Afrikas wird derzeit ein sehr liberaler Kurs gefahren wird. Im Senegal regiert die "Parti Démocratique Sénégalaise", in Botswana die "Botswana Democratic Party".

NEPAD als soziale Hilfestellung?

Das Fehlen von Sozialleistungen, wird aber zumindest in der NEPAD (Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung) besprochen. Das gegenseitige Überprüfen der Mitglieder soll die so genannte "Good Governance" fördern. Und deren Prioritätengebiete sind unter anderem Friede, Sicherheit, Demokratie, Gesundheit und Erziehung. Wie es aber bei vielen supranationalen Zusammenschlüssen so ist, besteht unter den Mitgliedern oftmals das Gefühl, stehen zu bleiben. Abdoulaye Wade wollte sich unlängst von der NEPAD verabschieden. Obwohl doch der Senegal einer der Hauptbegründer dieses Zusammenschlusses war. Der senegalesische Präsident stößt sich an den zahlreichen Meetings, die seiner Meinung nach keinen Fortschritt bringen. Und zu viel kosten. Letztendlich bleibt der Senegal aber Mitglied der NEPAD, weil Wade nicht für deren Zerfall verantwortlich

sein möchte. Er verlangt jedoch eine Erneuerung der Struktur, um höhere Effektivität zu erreichen.

Zum Abschluss bleibt zu sagen, dass in Afrika gewiss nicht alles gut ist. Aber man darf die Augen auch vor Positivem nicht schließen.

<<

Die EU Battlegroups

Ein Jahr ist es bereits her, seit die Europäische Union eigene "Battlegroups" in ständige Einsatzbereitschaft versetzte und die Kampfverbände der Union somit ihren sicherheitspolitischen Dienst antraten. Zeit für eine erste Bilanz. **Text** Hadmar V. Hözl

Die Idee einer europäischen Kampftruppe ist zwar eine sicherheitspolitische Erregungsgeschichte des 21. Jahrhunderts, erstmals formuliert wurde die Idee einer europäischen Kampftruppe aber bereits beim Europäischen Rat in Helsinki 1999. Nicht zuletzt wegen der Kriege in Ex-Jugoslawien, die zwar auf europäischem Boden stattfanden, eine angemessene militärische Intervention der EU aber bis zuletzt gänzlich vermissen ließen. Zweifellos stellt die Tragödie in Ex-Jugoslawien gleichzeitig eine Zäsur sowie einen Paradigmenwechsel im europäischen Sicherheitsdenken dar. Erst 1995 erkannte man die eigene Handlungsunfähigkeit, zögerlich entwickelte sich die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP). Der Wille der EU, eine tragende Rolle in der Weltpolitik einzunehmen, ohne auf dem eigenen Kontinent für Stabilität sorgen zu können, schien gleichsam paradox und unglaubwürdig. Erst die NATO-Bombardements auf Belgrad im Jahr 1999 brachten ein sicherheitspolitisches Umdenken.

Wozu Battlegroups?

Das Konzept der "Schnellen Eingreiftruppe der EU" (European Rapid Reaction Force) erwies sich bereits im Jugoslawienkrieg weder als schnell noch effektiv genug, um die Situation am Balkan zu stabilisieren. 60.000 Soldaten sollten dabei binnen 60 Tagen von den Mitgliedstaaten der EU gestellt werden, um

angemessen auf die bevorstehende Krise zu reagieren. Die Realität zeigte deutlich, dass diese Zahl wegen dem mangelnden Willen der Staatengemeinschaft nicht einmal im Ansatz erreicht wurde, und durch das Fehlen einer klaren Befehlsstruktur nicht flexibel in das Geschehen eingegriffen werden konnte. Mit Hilfe der Battlegroups soll dieser Missstand beseitigt werden.

Von der Idee zum Konzept

Bis 2004 reifte die Idee einer länderübergreifenden Kooperation zu einem militärischen Konzept heran, schlussendlich beschloss der Rat der EU auf Drängen von Deutschland, Frankreich und Großbritannien den Aufbau von sogenannten Battlegroups. Diese sollen es der EU ermöglichen, schneller und flexibler auf ein breites Spektrum von Krisen zu reagieren. Ein effektiver Multilateralismus, vor allem gegenüber der UNO, wurde angestrebt, gleichzeitig sollten die Kosten und Risiken von Militäreinsätzen innerhalb der EU gerechter verteilt werden.

Charakteristika der Battlegroups

Laut EU soll jede Battlegroup ein "Mindestmaß an militärischer Effektivität aufweisen", schnell verlegbar sein und sowohl autonom als auch als Vorauseinheit einer größeren Mission operieren können. Jeder einzelne Kampfverband soll aus einem Infanterieba-





taillon bestehen, das - je nach missionsspezifischem Bedürfnis - um weitere Kontingente erweitert werden kann. Für jeden Verband sind rund 1.500 Soldaten vorgesehen. Die Verantwortung für den Aufbau und Einsatz der Einheiten tragen die beteiligten Mitgliedstaaten, wobei sie eine nationale oder multinationale Truppe zusammenstellen können. Seit Jahresbeginn 2007 stehen pro Halbjahr jeweils zwei Battlegroups in ständiger Bereitschaft, welche unabhängig von einander in zwei unterschiedlichen Krisenregionen eingesetzt werden können. Insgesamt sollen mindestens 13 Verbände installiert werden, die sich im Rotationsverfahren alle sechs Monate abwechseln.

Mobilisierung der Battlegroups im Ernstfall

Kommt es zu einem Krisenszenario, sollte jeder Kampfverband innerhalb von 5 - 10 Tagen in der Lage sein, eine Operation eigenständig zu starten. Laut EU soll die Battlegroup 30 Tage lang ohne externe Versorgung im Einsatz verbleiben können, bei entsprechendem Nachschub kann die Aufenthaltsdauer auf 120 Tage verlängert werden. Die Battlegroups sollen in der Theorie innerhalb eines Radius von 6.000 Kilometer um Brüssel eingesetzt werden, der Einsatz kann aber weltweit erfolgen und ist abhängig von der Versorgung der Truppen vor Ort.

Die Aufgabengebiete

Die Kompetenzen der Battlegroups ähneln sehr stark dem Peacekeeping-Konzept der UNO. Sie sind ein Instrument der schnellen militärischen Krisenreaktion, und sollen in der Phase, in der militärisches Engagement

notwendig erscheint, eine Eskalation der Situation verhindern. Auf Grund ihrer Größe und Fähigkeiten ist der Einsatzrahmen der Battlegroups klar definiert: Sie sind für präventive Einsätze - also vor dem Ausbruch massiver Gewalt - vorgesehen, um Aufstände zu verhindern oder um gegen gewaltbereite und bewaffnete Milizen vorzugehen. Battlegroups sollen Kleinstädten kurzfristig Schutz bieten oder zur Sicherung von Versorgungseinheiten - wie Flughäfen - eingesetzt werden. Denkbar sind auch Überbrückungsmissionen mit UNO Mandat, wo im Zeitraum zwischen Mandatsentscheidung und Eintreffen der UNO Truppen für Stabilität gesorgt werden soll.

Grenzen und Probleme der Battlegroups

Die Größe der Battlegroups zeigt auch die Grenzen des Handlungsspielraums auf. Eine sich rasch entwickelnde Krise, die einen schnellen Kriseneinsatz erzwingt - vergleichbar mit der aktuellen Situation im Kongo - macht die Einheiten verwundbar. Zu Gunsten der Einsatzbereitschaft, Mobilität und raschen Verlegbarkeit werden bei der Ausrüstung Kompromisse gemacht, auf schwere Panzerung und Schutz wird verzichtet. Auf dynamische Entwicklungen der Krisenherde können diese Battlegroups militärisch daher nicht angemessen reagieren, hier bedarf es besser ausgerüsteter Einheiten. Aus diesen Gründen sind Kampfeinsätze gegen organisierte militärische Parteien in einem feindlichen Gebiet nicht möglich. <<

L'Auberge Européenne

Das ERASMUS Programm feiert heuer seinen 20. Geburtstag.

Text Cécilia S. Smekal

Da steht er, der Peter: Mutterseelenallein, den Pass noch in der Hand, große Erwartungen im Kopf. Seine Lunge atmet ungewohnt feuchte Luft, die Sonne brennt auf sein noch ungebräuntes Gesicht und der Schweiß beginnt zu rinnen. Er macht sich auf in ein von öffentlichen Geldern bezahltes Abenteuer, denn er steht am Beginn seines ERASMUS-Auslandssemesters auf Kreta.

Das Bildungsaustauschprogramm ERASMUS feiert heuer sein 20-jähriges Bestehen, Österreich ist seit fünfzehn Jahren mit dabei. Der Name stammt vom niederländischen Philosophen Erasmus Desiderius von Rotterdam, der als Vorreiter der Reformation gilt und selbst halb Europa seine Heimat nannte. Mit ERASMUS können Studierende und Lehrende an den Universitäten Europas Studienaufenthalte absolvieren. Es ist Teil eines größeren Ganzen, dem Life-Long Learning

Programme (LLP), früher auch als SOKRATES und "Leonardo da Vinci" bekannt, das den gesamten Bildungsbereich abdeckt.

Das EU Programm soll die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Hochschulen fördern, insbesondere die Mobilität. Die Humanressourcen sollen optimal genutzt werden, sowie die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse verbessert werden. Es soll aber auch zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung beitragen, ja eine europäische Identität - speziell bei den zukünftigen Eliten - schaffen.

Auslandssemester sind nicht mehr exotisch. Den Studierenden wird es durch ein attraktives Angebot relativ einfach gemacht, diese Identität zu erkunden: Sie können sich für insgesamt 31 Länder für ein oder mehrere Semester (drei bis max. 12 Monate) bewer-

ben. Die Studierenden zahlen während ihres Aufenthalts weder im Ursprungs- noch im Zielland Studiengebühren, während eventuelle Stipendien zu Hause weiter aufrecht bleiben. Dazu bekommen sie noch - abhängig vom jeweiligen Land - durchschnittlich 150 bis 200 Euro pro Monat, Reisekostenzuschuss und Sprachkurspauschale noch nicht mit eingerechnet. Den Großteil schüttet die EU in zwei Raten aus, eine kleine monatliche Rate bekommt man vom Heimatland überwiesen.

Die bürokratischen Hürden halten sich dabei auch im Rahmen, das Meiste kann man von zu Hause aus erledigen.

Die Europäische Union stellt dafür eine schöne Summe zur Verfügung: Zwischen 2007 und 2013 zahlt sie über drei Milliarden Euro allein für ERASMUS: mehr als das Doppelte



Seit 20 Jahren ermöglicht das ERASMUS Programm Studenten Auslandsemester zu absolvieren.



Sokrates Erasmus

gibt sie für das gesamte LLP aus. Dazu kommen noch Gelder von Behörden, Organisationen und den Universitäten selbst. Das österreichische Wissenschaftsministerium schießt allein dieses Jahr 3,2 Millionen Euro zu, damit über 4.200 Studierende die weite Welt jenseits der Alpen erkunden können.

Von Schönbrunn nach Knossos

Auch Peter hat den Sprung für ein Semester gewagt. Er hat sein Politikwissenschaftsstudium an den griechischen Strand verlegt und sich damit ein vergleichsweise wenig frequentiertes Zielland ausgesucht.

Er bekam zu Beginn des Semesters 600 Euro von der EU, die restlichen 350 Euro erst nach Erbringung diverser Nachweise der Gastuniversität. Pro Monat erhielt er allerdings nur 18 Euro von Österreich. Einen Job musste er sich im Gegensatz zu vielen anderen Studierende trotzdem nicht suchen; die Eltern wollten, dass er sich auf die wichtigen Dinge konzentrieren konnte. Das tat er auch.

Vor 10 Uhr vormittags passiert auf Kreta allerdings nicht viel; er ging jeden Tag zur Uni, hatte dreimal die Woche einen Sprachkurs. Für einen positiven Nachweis als ERASMUS-Student brauchte er für das gesamte Semester sechs Semesterwochenstunden oder drei Credit Points (ECTS - das europäische Punktesystem zur Vergleichbarkeit der Leistungen) im Monat. Da bleibt viel Zeit, um Leute kennenzulernen und abends wegzugehen. Eigentlich wollte Peter ja seine Diplomarbeit auf Kreta schreiben. Eigentlich. Nach vier Monaten war alles schon wieder vorbei, die wenigen Kurse waren schnell absolviert und Peter um eine Lebenserfahrung reicher. Er selbst sagt allerdings, akademisch

und beruflich habe ihm ERASMUS wenig gebracht. Später wurde ihm sogar angeraten, seinen Aufenthalt gar nicht im Lebenslauf anzuführen, da seine Ortswahl nicht den Eindruck erwecke, er sei sehr ehrgeizig.

Entdecke die Möglichkeiten

Dass ERASMUS aber nicht nur Sommer, Strand und Party bedeuten kann, beweist die Französin Julia. Sie ist für ein Semester ihres Ingenieursstudiums an die Technische Universität nach Wien gekommen, da es schon immer ihr Wunsch war, im Ausland zu studieren. Julia lebt von ihrem ersparten Geld, einen Job will sie auch nicht. Sie nützt die Zeit im Ausland, wo sie nur kann: Sie absolviert an die dreißig Semesterwochenstunden, da sie alles belegt hat, was sie interessiert. Zusätzlich nimmt sie noch Querflötenunterricht und hat sich am Universitätssportinstitut eingeschrieben. Für Freizeit bleibt trotzdem noch Zeit: Julia kommt oft zu den Treffen der ERASMUS-Buddys, die sich der ausländischen Studierenden annehmen. Außerdem nimmt sie am Tandem-Sprachprogramm teil, wo sie mit Österreicher/-innen Deutsch und Französisch spricht.

Sie vermisst ihren Freund oft, aber vielleicht kommt er sie ja besuchen, wenn er das nötige Geld zusammenbekommen kann.

Nach 20-jähriger Erfahrung ist das ERASMUS-Netzwerk ausgereift und bietet allen Studierenden die Möglichkeiten, die er/sie erwartet. Egal, ob die ERASMUS-Studierenden die Zeit für persönliche Erfahrungen nutzen wollen, oder um ihren Lebenslauf aufzupolieren: Einig sind sie sich darin, dass mehr Leute diese Gelegenheit beim Schopf pa-

In Brief

ERASMUS: European Region Action Scheme for the Mobility of University Students, 1987 gegründet, seither an die 1,5 Mio. Teilnehmer/-innen (Frauenanteil von 60%); bis 2012 sollen es 3 Mio. werden.

90% aller europäischen Hochschulen, das sind 3000 Institutionen mit über 1900 ERASMUS-Plätzen.

Bewerben können sich alle Studierenden, die EU-Bürger/-innen sind, sowie Staatsbürger/-innen der Türkei, anerkannte Flüchtlinge sind oder Personen, die ihren Lebensmittelpunkt seit mindestens einem Jahr in Österreich haben. Außerdem müssen sie mindestens im dritten Semester ihres Studiums sein und dürfen noch keinen ERASMUS-Aufenthalt absolviert haben.

cken sollten. Genetzwert wird in jedem Fall, die Kontakte bleiben oft lange über die Studienzeit hinaus bestehen. Die Perspektivenerweiterung beim Austausch unter den Studierenden Europas ist nicht zu unterschätzen bei der Entwicklung eines weltoffenen, europäischen Bewusstseins. ERASMUS ist eine unkomplizierte und einmalige Chance im Leben, was die Erfolgsgeschichte des Programms erklärt. Auf die nächsten 20 Jahre! <<



Relikt aus dem Mittelalter

Selbst im 21. Jahrhundert gibt es in Europa noch Feudalismus. Die britische Insel Sark ist heute das letzte feudale Gebiet Europas. Doch Reformen sollen nun aus dem im Mittelalter typischen System eine demokratische Gesellschaft machen.

Text Stefanie Felsberger

Europa wird von vielen als Ort gesehen, an dem Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechte in Form von liberalen Rechtsstaaten verwirklicht wurde. So leisteten unter anderem die Magna Carta Libertatum sowie die Bill of Rights in Großbritannien, die Französische Revolution und die Aufklärung ihren Beitrag zu dieser Entwicklung und zu der Etablierung der Menschenrechte. Doch inmitten dieser demokratischen Systeme, liegt im Herzen der Europäischen Union eine kleine Insel namens Sark, die von diesen Entwicklungen scheinbar unberührt geblieben ist.

Tatsächlich existiert auf der knapp fünf Quadratkilometer großen Insel im Ärmelkanal noch ein seit dem Jahre 1565 bestehendes Feudalsystem, das bisher auch weitgehend unverändert geblieben ist. Sark ist, wie die anderen Kanalinseln und die Isle of Man, ein britischer Kronbesitz und kein souveräner Staat. Es verfügt aber über eine eigene Gesetzgebung, Verwaltung und ein eigenes Justizwesen. Rechtlich gesehen untersteht

die Insel direkt der britischen Krone und ist somit weder Teil der Europäischen Union, noch des Vereinigten Königreiches von Großbritannien.

Derzeit leben auf der kleinen Insel etwa 600 Menschen. Lange war Sark kaum besiedelt. Nur kurz bot es Piraten Unterschlupf und diente als französische Militärbasis. Erst 1656 als Helier De Carteret, ein englischer Adelige, die Insel Sark von der Königin in einem Letters Patent für alle Zeiten zu Lehen erhalten hatte, begann eine permanente Besiedelung. Helier De Carteret, der somit Seigneur und Herrscher der Insel geworden war, zog dorthin und teilte sein Land in 40 Tenements, die er seinen Gefolgsleuten zu Lehen gab. Zusätzlich verpachtete der Seigneur sein eigenes Land an Inselbewohner. Die einzige Verpflichtung des Seigneurs gegenüber der Krone war es, neben der jährlichen Bezahlung eines Betrages von 1.79 GBP, vierzig mit Musketen bewaffnete Männer zur Verteidigung der Insel bereitzustellen. So ist dieselbe Anzahl von Männern auch heute

noch bereit, drohende Gefahren von außen abzuwehren.

In der Verfassung von Sark finden sich noch immer viele Bestimmungen, die einem Außenstehenden etwas ungewöhnlich erscheinen mögen, wie beispielsweise die Vorrechte des Seigneurs: Der Inhaber dieses Amtes ist der einzige Bewohner Sarks, dem es gestattet ist, Tauben zu züchten oder eine nicht kastrierte Hündin zu halten, um die Schafszucht nicht zu gefährden.

Reformen und Modernisierung

Aber auch Sark blieb nicht komplett von der Modernisierung unberührt und eine unfreiwillige Reform der Verfassung begann mit der Erweiterung der Chief Pleas. Seit dem 17. Jahrhundert bestand dieses Organ aus vierzig Mitgliedern, den Tenants. Aus jedem Tenement wurde ein männliches Familienmitglied bestimmt, das einen Sitz im Chief Pleas erhielt. Doch alle Bewohner, die nicht zu einem der Tenements gehörten, waren



Sark ist eine der kleinsten Inseln im Ärmelkanal. Dennoch kommt sie immer wieder in die Schlagzeilen.

nicht im Chief Pleas vertreten und so kam es 1922 zu einer Reform. Die vierzig Tenants wurden um zwölf weitere von den Einwohnern gewählte Deputies erweitert. Es war zwar Männern und Frauen erlaubt zu wählen, doch nur den männlichen Kandidaten wurde das passive Wahlrecht zugestanden. Erst bei den Wahlen 2003 erhielten zwei Frauen einen Sitz im Chief Pleas.

Die Modernisierung betrifft auch das Erbrecht, welches noch aus dem 16. Jahrhundert stammt. Laut diesem konnte nur der erstgeborene männliche Nachkomme einer Familie Land erben. Doch als zwei wohlhabende Geschäftsmänner die Nachbarinsel Brecqhou kauften und erkannten, dass es ihnen nicht erlaubt war, ihre Insel unter allen männlichen und weiblichen Kindern gleichermaßen aufzuteilen, verlangten sie nach einer Änderung des Gesetzes. Die beiden Brüder drohten, ansonsten mit dem Fall vor den Europäischen Gerichtshof zu gehen, weil das bestehende Erbrecht nicht mit der Menschenrechtscharta der Europäischen Union

vereinbar wäre. Es kam allerdings nicht so weit, denn ab 1999 war es dem Familienoberhaupt erlaubt, entweder einen männlichen oder weiblichen Erben zu bestimmen.

Vollständige Demokratie für Sark?

Die Einwohner Sarks stehen diesen Entwicklungen mit einer gewissen Skepsis gegenüber. Manche Aspekte, wie zum Beispiel die Modernisierung des Erbrechts, befürworten sie, doch das Lehnsystem als solches will man in Sark nicht aufgeben.

Vorschläge über eine demokratischere Verfassung von Seiten des Chief Pleas scheiterten einerseits an der mangelnden Zustimmung der Bevölkerung, oder andererseits an den Barclay Brüdern, denen die Reformen nicht demokratisch genug waren. Doch nachdem nun eine Übergangslösung gefunden wurde, soll 2012 endgültig entschieden werden, ob Sark den Weg in Richtung Demokratie einschlägt oder das altbewährte Feudalsystem beibehält. <<

In Brief:

Feudalismus, Lehnsystem - Der Begriff stammt vom lateinischen Wort feudum ab, was "Lehngut" bedeutet. Feudalismus bezeichnet eine gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Ordnung, an deren Spitze ein König oder eine Königin steht, der das gesamte Reich besitzt und es den Adeligen zu Lehen gibt. Diese verpachten das Land an die einfachen Menschen und erhalten im Gegenzug persönliche Dienste sowie Abgaben in Form von Naturalien oder Steuern.

Kronbesitz, Crown Dependency - Ein Gebiet oder Land, das direkt der Krone untersteht, aber keine Kolonie darstellt. Ein Kronbesitz verfügt über seine eigene Legislative, Judikative und Verwaltung.

Gemeinsam mehr bewirken

Neue Unternehmensplattform für Corporate Social Responsibility und nachhaltige Entwicklung gegründet. **Text** Respect

In einer Festveranstaltung wurde am 19. Oktober 2007 der Verein respACT - austrian business council for sustainable development aus der Taufe gehoben. Mit seiner Gründung setzen verantwortungsbewusste Unternehmen einen wichtigen Schritt für nachhaltige Entwicklung in Österreich. Das Datum ist kein Zufall: Vor zehn Jahren entstand der ABCSD (austrian business council for sustainable development), der gestern in Wien mit respACT austria zu einer schlagkräftigen neuen Organisation zusammengeführt wurde.

Der neu gegründete Verein respACT - austrian business council for sustainable development ist die führende Unternehmensplattform für Corporate Social Responsibility (CSR) und Nachhaltige Entwicklung in Österreich. "Mit dem einen großen Verein haben wir künftig noch mehr Stärke und Präsenz", betont Präsident Peter J. Oswald die Vorzüge der neuen Organisation. "CSR soll und muss mittelfristig ein essenzieller Bestandteil jedes österreichischen Unternehmens werden", umreißt er das große Anliegen von respACT. Mehr noch: "Es ist ermutigend, dass sich immer mehr Firmen nicht nur klar zu nachhaltiger Entwicklung bekennen, sondern innovative und weitreichende Initiativen für Umwelt, Mitarbeiter, Kunden und ihr gesellschaftliches Umfeld setzen. Die Wirtschaft ist heute ein entscheidender Faktor, Umwelt und soziale Themen zu lösen." Der Verein unterstützt seine Mitglieder dabei, ökologische und soziale Ziele ökonomisch und eigenverantwortlich zu erreichen und bindet Öffentlichkeit und Politik als Partner ein.

Zehn Jahre nachhaltiges Wirtschaften in Österreich

Bundesminister Martin Bartenstein, Gründungsmitglied der Vorgängerorganisation ABCSD, betont, wie stark sich das Bewusstsein bei Firmen und Öffentlichkeit in den letzten zehn Jahren entwickelt hat: "Das Wirtschaftsministerium hat sich immer schon als Ministerium für nachhaltiges und verantwortungsvolles Wirtschaften verstanden, unterstützt diesbezügliche Initiativen von Anfang an und wird das auch in Zukunft tun", so Minister Bartenstein. Die Aufbauarbeit hat gefruchtet: Die neue Organisation umfasst 104 Top-Unternehmen, CSR und nachhaltige Entwicklung sind aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Dazu haben auch Aktionen und Veranstaltungen wie der jährliche CSR-Tag oder die Trigos-Gala beigetragen.

Innovative Projekte: Erste CSR-Landkarte für Österreich

respACT - austrian business council for sustainable development bildet eine breite Plattform für den Austausch von Unternehmen, fördert den Dialog mit Politik, Bevölkerung und Medien und informiert die Öffentlichkeit laufend über erfolgreiche Nachhaltigkeits- und CSR-Projekte von Unternehmen. Zum Beispiel mit der ersten österreichischen CSR-Landkarte auf der Website des Vereins. Interessierte können dort ausführliche CSR-Profile von Mitgliedsunternehmen und engagierten Firmen herunterladen und sich über deren Initiativen informieren: vom Nachhaltigkeitsbericht über soziale Aktionen bis zu

Gesundheitsprogrammen für Mitarbeiter/innen.

Der Festabend zeigt Wege für die Zukunft auf

Bei der Eröffnung stand neben Präsident Peter J. Oswald, Bundesminister Martin Bartenstein und IV-Präsident Veit Sorger auch Björn Stigson, Präsident des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD), am Podium. Der 1995 gegründete WBCSD hat eine wichtige Rolle in der weltweiten Förderung nachhaltiger Entwicklung, respACT ist exklusiver Partner des WBCSD in Österreich. In der anschließenden Diskussion kamen auch Karl Aiginger, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und Reinhard Platzer, Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit Austria AG, zu Wort. Die Diskussion wurde von Karin Bauer moderiert.

Über respACT - austrian business council for sustainable development

Der Verein respACT - austrian business council for sustainable development ist die führende Unternehmensplattform für Corporate Social Responsibility (CSR) und Nachhaltige Entwicklung in Österreich.
<http://www.respect.at> <<



Ein bisschen weise. Vielleicht.

Text Cäcilia S. Smekal

Also gut. Fünfundzwanzig. Damit ist nicht der Titel eines weiteren missglückten öffentlich-rechtlichen Fernsehformats gemeint. Das ist seit neuestem mein Alter. Jaja, kein Grund zur Panik, ich weiß. Ist doch ein schönes Alter, bla bla.

Nein, im Ernst, ist gar nicht schlimm. Ist doch noch ein bisschen hin bis zur Dreißig. Oh...wow. Dreißig. Ich finde, man sollte dieses ewige Mitzählen einfach abschaffen.

Laut einer, von mir im Bekanntenkreis durchgeführten, nicht repräsentativen Umfrage haben nur wenige diese irrationale Altersfurcht. Oder sie geben es nicht zu, wie ich eher meine. Ist es doch nicht gerade eine prestigeträchtige Angelegenheit, sich in eine so genannte Quarter-Life-Crisis hineinzusteigern. Diese psychologische Wortschöpfung bezeichnet wiederkehrende Ängste junger Erwachsener vor falsch getroffenen Entscheidungen, die das gesamte weitere Leben negativ beeinflussen könnten:

Habe ich bisher etwas wichtiges verpasst, habe ich mich für das falsche Studium entschieden, hätte ich damals diesen Job annehmen sollen, hätte ich inzwischen nicht schon längst ein Traumhaus und Kinder mit einem Berufsmusiker, wenn mir meine Eltern damals bloß den Geigenunterricht gezahlt hätten?

Okeoke, meine gnadenlose Unmusikalität hätte mir da sowieso einen Strich durch die Rechnung gemacht. Aber vielleicht sollte ich es trotzdem mal beim nächsten Familiensessen ansprechen.

So rückblickend betrachtet ist bei mir bis dato eigentlich eh alles gut gelaufen. Tatsächlich bin ich wohl ein ziemlicher Glückspilz. Ich hungere nicht, ich habe ein Dach über dem

Kopf und einen zuckersüßen Hund. Mehr kann man ja nicht vom Leben verlangen. Außer den Musiker vielleicht.

Um einmal ehrlich zu sein, meine Quarter-Life-Crisis ist schon vor ein paar Jahren zu Ende gegangen. Ich bin ja auch schon fünfundzwanzig. Mein Glas ist jetzt meistens halb voll, auch im übertragenen Sinn. Die Existenzängste gleichen jetzt denen normaler Erwachsener: Hoffentlich behalt' ich meinen Job, sollte ich mir eine private Pensionsvorsorge leisten, wie soll ich bloß die Tierarztrechnung für das künstliche Hundehüftgelenk bezahlen...

Ist das eine Falte???

Nach durch hysterischer Hyperventilation verursachter Ohnmacht entschieße ich mich dazu, auch mit Falten und anderen Alterserscheinungen umzugehen, wie eine Erwachsene. Das heißt bei mir natürlich nicht, dass ich in den nächsten Drogeriemarkt renne und der Schönheitsindustrie, die mit meinen von ihr produzierten Ängsten Profit macht, mein Salär in den Rachen schmeiße. Na und, und wenn ich in zehn Jahren wie Keith Richards aussehe, das ist eben die Natur. Ich kann damit umgehen und leiste Widerstand gegen das popkulturelle Jugendgebot. Das ist natürlich leicht gesagt, mit fünfundzwanzig, ich weiß. Aber wissen Sie, wenn man sich einmal für eine attraktive Lebensphilosophie entschieden hat, hat man auch nicht mehr so schlimmes psychisches Sodbrennen, wenn man ans Altern denkt. Und ich habe mich dazu entschlossen, einmal eine verrückte Alte zu werden, die dem Postboten Streiche spielt. Dem Fluss des Lebens folgend, entspannt und weise. Letzteres bin ich ja auch schon. Ein bisschen. Vielleicht.

Was kostet eigentlich so eine Anti-Falten-Creme?



Der "Krieg der Identitäten"

Es ist nur ein Wort, doch hat es bei weitem nicht nur eine Bedeutung. Die Geisteswissenschaften ringen seit Jahren mit- und gegeneinander um ein einheitliches Konzept des vieldimensionalen Begriffs Identität. **Text** Josef C. Ladenhauf

Das neue Buch des indischen Ökonomen Amartya Sen entlarvt grundsätzliche Widersprüche traditioneller Identitätsdefinitionen. Doch wirkt der lesbare Heiltrank gegen ein scheinbar unheilbar degeneriertes Kulturverständnis?

Zum Identitätsbegriff wurde bereits viel publiziert; Soziologen, Ethnologen, Psychologen als auch Philosophen und Politologen bemühten sich redlich um konsistente Definitionen, die festlegen was Identität ist und was diese für Gesellschaft im Ganzen als auch Individuen im Einzelnen bedeutet. Tatsächlich mutierte Identität in den letzten beiden Jahrzehnten zu einem fragwürdigen "Schlüsselwort", das - manchmal treffend, oft genug auch unglücklich - in allerlei Diskurse hineingeworfen wird. Worüber man sich noch relativ einig ist: Es handelt sich anscheinend um ein wie auch immer geartetes Wechselspiel zwischen dem Individuum und der Gesellschaft, in der es lebt. Die übliche Schwäche der weichen Wissenschaften, die nicht anders können als ununterbrochen mit Worthülsen aufeinander zu werfen und sich ständig neue Definitionen für die immer glei-

chen Dinge auszudenken? Vielleicht ist ein Perspektivenwechsel zu jemand, der sich für gewöhnlich auf harte Fakten und klare Zahlen verlässt, hilfreich:

Amartya Sen, renommierter Ökonom, Harvard-Professor und Nobelpreisträger (1998 für Ökonomie), macht die Begriffe Identität und Kultur zum zentralen Untersuchungsgegenstand seines Buches "Die Identitätsfalle - Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt". Sowohl Verfechter als auch Anhänger der Theorie vom Kampf der Kulturen teilen Sen zufolge "dasselbe farblose Bild einer in Kultur-Kästchen aufgeteilten Welt". Die Kritik Sens setzt erst einmal bei genau diesem reduzierten und reduzierenden Verständnis an.

Die Identität eines jeden Menschen ist keineswegs ausschließlich kulturbedingt. Bei Aufkommen des Identitätsbegriffs, war die Alltagswelt eine, mit heutigen Verhältnissen verglichen, grundverschiedene. Auch damals schon hatte jeder Mensch verschiedene Identitäten in sich vereint, die eine Person charakterisieren; ethnische, nationale, geschlechtliche, politische, berufliche, religiöse,

geschlechtliche, sexuelle, ... Doch damals war der soziale Druck noch stärker sich - zumindest nach außen hin - einer der wenigen Leitidentitäten anzuschließen.

So war jemand beispielsweise als Zugehöriger der Bauernfamilie, die seit Generationen einen Almhof in der Obersteiermark bewirtschaftete für gewöhnlich katholisch und gehörte politisch nicht dem Arbeiterlager an, während sich ein städtischer Fabrikarbeiter, oft nicht mehr so grundlegend über religiöse Zugehörigkeit definierte und sozialistisch wählte.

Identity-Zapping

"Unter Identität im modernen Sinne versteht man das Bewusstsein einer Person, sich von anderen Menschen zu unterscheiden (Individualität) sowie über die Zeit (Kontinuität) und über verschiedene Situationen (Konsistenz) hinweg im Kern dieselbe, durch bestimmte Merkmale ausgezeichnete Person zu bleiben." (Döring 2003, 325)

Diese moderne Definition von Identität unterscheidet sich in der Postmoderne durch





Foto: Josef C. Ladenhauf

ein von Veränderung und Vielfalt geprägtes Modell. Eine zeitgemäße Auffassung von Identität ist die, einer Vielzahl verschiedener Elemente, die zusammengenommen eine komplexe, aber keineswegs statische, Struktur ergeben.

Es wird davon ausgegangen, dass aus dieser Multiplizität in konkreten Situationen jeweils Teilmengen aktiviert bzw. deaktiviert werden. Somit wird möglich, dass sich immer wieder neue Identitäten entwickeln, welche nicht als gänzlich neue Identität im modernen Sinne zu verstehen ist, sondern als hinzukommende Teilidentität, die ein neues Fragment im Identitätspatchwork ausmacht. Mit zunehmender Vernetzung, dem immer schneller erfolgenden Austausch und der Verbreitung neuer Ideen und Lebensstile, steigt die Anzahl individueller Identitätskonzepte für verschiedenste Bereiche. Unser Identitätsverständnis hinkt dieser gesellschaftlichen Realität jedoch hinterher.

"Viele der Konflikte und Grausamkeiten in der Welt beruhen auf der Illusion einer einzigartigsten Identität, zu der es keine Alternati-

ve gibt" konstatiert Sen auf den ersten Seiten seines Werks. Eine zentrale Erkenntnis, die glücklicherweise ein Großteil der sogenannten intellektuellen Elite, die sich Gedanken zum Identitätskonzept macht anerkennt ist: Identitäten sind plural, die Wichtigkeit einer Identität muss nicht die Wichtigkeit einer anderen zunichte machen. Mit einer solitaristischen Deutung wird man mit ziemlicher Sicherheit fast jeden Menschen auf der Welt missverstehen. Im normalen Leben begreifen wir uns als Mitglieder einer Vielzahl von Gruppen - ihnen allen gehören wir an.

Eine Person kann gänzlich widerspruchsfrei amerikanische Staatsbürgerin, von karibischer Herkunft, mit afrikanischen Vorfahren, Christin, Liberale, Frau, Vegetarierin, Langstreckenläuferin, Historikerin, Lehrerin, Romanautorin, Feministin, Heterosexuelle, Verfechterin der Rechte von Schwulen und Lesben, Theaterliebhaberin, Umweltschützerin, Tennisfan, Jazzmusikerin und der tiefen Überzeugung sein, dass es im All intelligente Wesen gibt, mit denen man sich ganz dringend verständigen muss (vorzugsweise auf englisch) illustriert Sen das breite Spektrum

möglicher persönlicher Identitätszugehörigkeiten.

Das Buch stellt ein engagiertes Plädoyer gegen den Kulturdeterminismus mit seinen emotionsgeladenen Zuschreibungen und solitaristischen Deutungen. Frei nach dem Grundsatz: Kultur ist nicht alles - doch die Welt wie wir sie denken.

"Emotionsgeladenen Zuschreibungen können zwei verschiedene, aber miteinander zusammenhängende Verzerrungen enthalten: eine falsche Beschreibung von Menschen, die einer angegriffenen Identität angehören, und ein Beharren darauf, dass die falsch beschriebenen Merkmale die einzigen seien, die für die Identität der angegriffenen Person relevant sind."

Die große Schachtel unbekanntem Inhalts mit der Aufschrift Identität steht noch am Speicher im kulturellen Gedächtnis. Doch es sieht so aus, als hätte sie jemand aus dem Schatten unter die Dachfensterluke gezogen, wo ein wenig mehr Licht auf sie fällt. <<



Warmes Bier in der Milchbar

Mit der dritten Studienreise, nach Beograd und Sarajevo, sowie dem Iran, schloss sich Mitte November der bunte Reisekalender des AFA für 2007 mit Polen. **Text** Irina J. Beikert

Am 11. November, dem polnischen Nationalfeiertag, begann die sechstägige Studienreise nach Krakau, Auschwitz und Warschau. Und endete einen Tag nach der Vereidigung des neuen Präsidenten. Kein schlechter Zeitpunkt, um das Land genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die Reise begann mit kleinen Hindernissen. Schneetreiben in Wien, der Blick auf das Rollfeld am Flughafen in dessen Nebel die Jets verschwanden, machte deutlich: pünktlich werden wir wohl nicht abheben. Dennoch, endlich saßen wir im Flieger. Seitdem die Billigflieger die Bahn punkto Kosten unterbieten, wird Fliegen auch für Studierende erschwinglich. Und so teilen wir uns die Plätze mit der Heerschar junger Polen, die im Ausland arbeiten und auf Heimaturlaub fliegen. Noch vor nicht mal zehn Jahren quetschten sie sich in die klapprigen Überlandbusse.

Beim Verlassen der Flughafenhalle in Krakau, steigt der Geruch von Braunkohle entgegen - das hat sich also noch nicht geändert.

Und sonst, wie viel "Ostblock" gibt es denn noch in Polen? - Wahrscheinlich ist das einzig "ostblockartige", das wir auf unserer Reise gesehen haben, der Warschauer Bahnhof

und der Kulturpalast. Der Kulturpalast - ein großzügiges Geschenk Stalins - jahrzehntelang die Dominante im Stadtbild, verschwindet langsam jedoch zwischen den neuen Hochhäusern.

Ankunft in Krakau

Nach einem etwas längeren Fußmarsch zu unserem Hotel, durch den wunderschön verschneiten Park und um die Erfahrung reicher, dass Rollkoffer auf verschneiten Wegen zu Ziehkoffern werden, erreichen wir das Hotel: Eine alte Perle, mit knarrendem Parketten und Flügeltüren. Eine angenehme Abwechslung zu den ges(ch)ichtslosen Hoteltürmen. Gepäck abladen, schnell frischmachen und ab zum Abendessen - die polnische Küche muss getestet werden. Krautrouladen, Pierogi, Bigos, Sauerkraut, Krautsalat - bei soviel Kraut fragt man sich, warum sich eigentlich die Deutschen den Namen Krauts verdient haben. Uns platzen die Mägen, aber da hilft ganz vortrefflich ein Gläschen Zubrovka "na zdrowie!"

Unser dichtes Programm die Woche über hält uns auf Trab, schließlich wollen wir erfahren, wie beliebt beispielsweise Radio Maria

und wie hoch der politische Einfluss der katholischen Kirche tatsächlich ist. Darüber gibt uns der Jesuiten-Pater Dr. Krzysztof Walczyk an der pädagogischen Hochschule "Ignatianum" gerne Auskunft. Viele Katholiken in Polen sehen den Einfluss von Radio Maria und von besonders konservativ-klerikalen Kreisen als durchaus problematisch.

Stadtrundgang in der Dämmerung

Nach der Stadtführung mit allerlei Mythen und Legenden, kehren wir in eine "Milchbar" ein: Plastikstühle, Kachelboden, Neonlicht und günstige Gerichte zum Sattessen. Neben all den schicken Restaurants und Bars in der Altstadt - tatsächlich ein Relikt aus vergangener Zeit. Hier gibt es noch den starken schwarzgebrannten Kaffee statt Latte Macchiato. Danach ist an Schlafengehen nicht zu denken, also ab in die netten Kneipen im alten jüdischen Viertel Kazimierz, rein ins bunte Treiben. Die Müdigkeit holt uns am nächsten Tag ein, aber im Zug von Krakau nach Warschau ist genügend Zeit für ein Nickerchen, obwohl der Zug rast, als wäre es der TGV.

Mit Schlaf in den Augen fallen wir drei knappe Stunden später aus dem Zug: der riesige

Kulturpalast steht genau vor unserer Nase und mit ihm typische moderne Hochhäuser aus Glas und Stahl. Nach der idyllischen Beschaulichkeit Krakaus ist der riesige, graue Moloch Warschau ein herber Kontrast.

Dichtes Programm

Zum Verschnaufen bleibt keine Zeit, wir haben Termine: zuerst das Kulturforum, in dessen Straße die letzten Häuser des Warschauer Ghettos stehen. In der Außenhandelsstelle steht der Fachkräftemangel bedingt durch massive Abwanderung der jungen Polen im Mittelpunkt. Am Abend folgt ein Treffen mit der ORF-Korrespondentin Joana Radzyner. Sie kommt auf die Parlamentswahl zu sprechen. Die Wahlbeteiligung der Jungwähler war diesmal extrem hoch, mobilisierten

sie sich doch gegenseitig per SMS, während die Pensionisten ihr Kreuz traditionell nach der Messe machten.

Spannend war tags drauf der Vortrag von Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej in der Universität über die Entwicklung Polens seit dem zweiten Weltkrieg: Von der Stalinisierung zur Entstalinisierung über die Solidarnosc Bewegung bis zum Kriegsrecht 1981.

Historisch bedingt stand die kommunistische Partei nie auf einem soliden Fundament. Basiert doch die Volksbefragung von 1946 auf einer krassen Wahlfälschung. Andere Institutionen wie die Kirche oder die Solidarnosc hatten wesentlich mehr Mitglieder und somit eine große innergesellschaftliche Bedeutung.

Daran anschließend statteten wir dem Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) der OSZE einen Besuch ab, um uns mit der Transformation und dem Demokratisierungsprozess zu beschäftigen. Doch leider hatten sie dort nur eine Standard-Präsentation über Wahlbeobachtung vorbereitet.

Unser letzter offizieller Termin in Polen führte uns auf österreichisches Hoheitsgebiet. Genauer gesagt in die österreichische Residenz: Botschafter Dr. Alfred Längle beantwortete mit einer Engelsgeduld unsere noch offenen Fragen, so dass die Reisetilnehmer ihre Puzzelstücke zu einem schlüssigen Gesamtbild über das heutige Polen komplettieren konnten.

<<



Nicht einmal die Kälte konnte die Reisetilnehmer abschrecken, Polen zu entdecken.

Mitten unter Diplomaten

Durch einen glücklichen Zufall entstand einer der unterhaltsamsten Botschaftsempfänge, an welchen man sich gerne zurück erinnern wird. **Text** Phillip Hoedl

Michael Pfeifer, Leila Salehi Ravesh und Phillip Hoedl kamen in den Genuss von authentischer Atmosphäre, interessanten Bekanntschaften und Pfefferminztee.

Anfang November, an einem der Tage, die sich der Sturmwarnung nicht entziehen konnten, ließ sich die Algerische Botschaft in Wien anlässlich des Nationalfeiertages - zu unserer Freude - nicht davon abhalten, ein traditionelles "tente touareg" im Anschluss an die Residenz aufzubauen. Die rund 200 geladenen Gäste, großteils des Diplomatischen Corps, durften sich nach der Begrüßung durch die Botschafterin der Demokratischen Volksrepublik Algerien, I.E. Frau Taous Ferroukhi, in einer äußerst authentischen Atmosphäre einfinden.

Gefeiert wurde der Beginn des Unabhängigkeitsbestrebens durch die Befreiungsfront vom 1. November 1954, welches der zweite Nationalfeiertag neben dem 5. Juli, dem Tag der offiziellen Unabhängigkeitserklärung Algeriens, ist.

Hochrangige Gäste

Unter den hochrangigen Gästen waren auch Staatssekretär Dr. Winkler, der iranische Botschafter bei den Vereinten Nationen S.E. Dr. Ali Asghar Soltanieh, der Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich DI Karl Douljik, und Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner vom Österreichischen Institut für internationale Politik, mit welchem wir die vorangegangenen Veranstaltungen zur "Nuclear Non Proliferation" - Reihe Revue passieren ließen. Nach den ersten Bekanntschaften hatten wir die Gelegenheit, uns beim iranischen Botschafter für seine Unterstützung bei der Organisation der AFA-Studienreise in den Iran zu bedanken und uns über eine neuerliche Einladung zu freuen. Gespannt und erfreut nahm er den ausführlichen Bericht der letzten Reise zur Kenntnis und fand Lob für die Organisation und die bewältigten Aktivitäten. Eine erfreuliche Rückmeldung, jedoch keine Tatsache, die uns länger vom Buffet, hätte fernhalten können. Eine lange Tafel erwartete uns mit den kulinarischen Feinhei-

ten des Landes, darunter auch der wohl beste Couscous - zu welchem von fachkundiger Seite geraten wurde - den Wien zu bieten hat.

Nach einiger Zeit konnten wir feststellen, dass der Abend nicht nur uns so angenehm erschien, sondern auch die übrigen Gäste blieben länger als der frische Pfefferminztee warm: Ich staunte zunächst über eine Tasse heißes Wasser. Die Kellnerin hielt mir nur einen Strauch grüner Blätter entgegen, die ich zunächst nicht als Minze identifizieren konnte. Dankenswerterweise kam mir eine kundige, charmante junge Dame zur Hilfe, die mich aufklärte und von der Beigabe von Zucker, aus im intensiven Geschmack der Minze liegenden Gründen, abriet. So ging der Abend beruhigt dem Ende entgegen. Für mich zumindest. Von anderer Seite hörte man, dass nicht nur Musik, sondern auch Tanzeinlagen in feierlicher Stimmung das restliche Abendprogramm bestimmten. Ein sehenswertes, ereignisreiches und in Erinnerung bleibendes Erlebnis. Ein vollkommener Abend. <<

Phillip Hoedl lernte beim Botschaftsempfang nicht nur Algerien und seine kulinarischen Köstlichkeiten besser kennen.



Christmas party at "Manolos" in Vienna, 15.12.2007



Lecture on the Silk Road and China by Kurt Seinitz, 05.12.2007



Symposium on Human Rights on the occasion of the Human Rights Day, 10.12.2007



Presentation of activities at "Colloco 2007" at the University of Economics Vienna, 07.11.2007



<http://histomun.at>



United Nations Youth and Student Association of Austria
Academic Forum for Foreign Affairs

Vienna International Historic Model United Nations

Diplomatic Academy of Vienna
Austria, Europe

HISTOMUN

09 -13 March 2008

for Students of All Nations Worldwide

organized by:
United Nations Youth and Student Association of Austria
Johannessgasse 2/2/32 A-1010 VIENNA | <http://afa.at>

supported by:
Diplomatische
Akademie**WIEN**
Vienna School of International Studies